



Ausschuss für Europa und Internationales

4. Sitzung (öffentlich)

5. Dezember 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:00 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 3 |
| 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) | 4 |
| Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800
hier: Einzelplan 02 | |
| Vorlage 17/254 (Erläuterungsband) | |
| Vorlage 17/317 | |
| – Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen | |

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 02 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD zu.

2 Verschiedenes

11

Der Ausschuss beschließt, sich an der Anhörung des federführenden Ausschusses am 18. Dezember 2017 zum Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/1046 nachrichtlich zu beteiligen.

* * *

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/800
hier: Einzelplan 02

Vorlage 17/254 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/317

– Abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Dietmar Brockes gibt den Hinweis, Änderungsanträge der Fraktionen lägen nicht vor.

Rüdiger Weiß (SPD) betont, durch das straffe und sehr verkürzte Beratungsverfahren sei es gerade den Oppositionsparteien kaum möglich, sich mit den Haushaltsplänen vernünftig auseinanderzusetzen. Das halte er für unzulässig, mindestens aber für unangemessen.

Auch die späte Zuleitung der Pläne und der Begleitbände mit dem Hinweis, das habe an der Druckerei gelegen, sei sehr befremdlich. Die SPD meine, dass es mindestens professionell beschämend sei, eine solche Aussage zu tätigen, wenn man so lange Zeit habe, Pläne drucken zu lassen und in Umlauf zu bringen. Einige von denen seien ja nach seiner Kenntnis bis heute noch nicht aufgetaucht. Zumindest beschleiche die SPD in diesem Zusammenhang das Gefühl, dass das, wenn man schon die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ im Munde führe, eher dazu beitrage, einen anderen Weg einzuschlagen.

Die Ruhrkonferenz sei ja immerhin mit 310.000 € hinterlegt. Der Sinn und Zweck einer solchen Ruhrkonferenz erschließe sich der SPD aber in keiner Weise. Der könne sich der SPD auch nicht erschließen, weil es überhaupt kein Konzept für diese Ruhrkonferenz gebe.

Aus Sicht der SPD sei es eine Art Salamtaktik, dass der Minister in der letzten Woche hier im Ausschuss gesagt habe, das sei wahrscheinlich nur eine Einzelveranstaltung, und darüber hinaus müsse man mal gucken, und heute in der Presse zu lesen sei, dass diese Sache doch auf längere Sicht angelegt sei. Dann hätte der Ausschuss auch bereits vor einer Woche darüber informiert werden können.

In der Eine-Welt-Politik sei über Jahrzehnte gute Arbeit geleistet worden. Hinter einer Evaluation stehe nach Auffassung der SPD die Absicht, Programme zu kürzen oder zu streichen. Dem könne die SPD-Fraktion – anders als die kleineren Fraktionen im Haus – nicht zustimmen. Dass unter dem Deckmantel der Evaluation Dinge, die sich bewährt hätten, dem Rotstift zum Opfer fielen – das sei zumindest die Prognose der SPD –, halte die SPD für völlig unangemessen.

Die SPD werde dem Haushalt aus den genannten Gründen nicht zustimmen.

Im Haushalts- und Finanzausschuss werde seine Fraktion einen Änderungsantrag stellen, die Mittel nicht in eine Evaluation zu investieren, sondern für das Promotorenprogramm vorzusehen.

Oliver Krauß (CDU) pflichtet Herrn Weiß bei, dass alle Fraktionen im Haus die Unterlagen und Pläne zu kurzfristig bekommen hätten. Das sei nicht in Ordnung. Die CDU werde selbstverständlich darauf drängen, dass das im nächsten Jahr besser werde, und er sei zuversichtlich, dass das auch gelingen werde. Dabei gehe es nicht nur um die Rechte der Opposition, sondern um die Rechte aller Ausschussmitglieder.

Der Hinweis darauf, dass man doch die CD schon seit einer gewissen Zeit habe nutzen können, tröste wenig, auch wenn der Bereich Europa und Internationales noch überschaubar sei im Vergleich zu anderen Haushalten.

In der vergangenen Woche seien schon ausreichend Fragen zur Ruhrkonferenz gestellt worden. Hier sollte doch abgewartet werden, bis das Konzept, das in der Tat noch nicht vorliege, Anfang 2018 vorliegen werde. Dann könne man gerne intensiv in die Beratungen dazu einsteigen und dann auch sehen, wie langfristig das angesetzt werden könne.

Die Kritik an der Eine-Welt-Politik könne er nicht nachvollziehen. Denn gerade der erste Aufschlag eines gemeinsamen Antrags der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP zum Thema „Ghana“ habe doch gezeigt, dass man Kontinuität und Stabilität gewahrt wissen wolle. Er habe es sehr begrüßt, dass man das gemeinsam hinbekommen habe, weil es auch gerade vor dem Hintergrund des anstehenden Jubiläums ein wichtiges Zeichen sei.

Er finde aber schon, es sei das gute Recht der die Regierung tragenden Fraktionen, eine Evaluation durchzuführen, die Schwerpunktsetzungen zu überprüfen und mögliche Verschiebungen in Betracht zu ziehen. Eine Evaluation mit dem Gedanken anzugehen, dass es nur um Streichungen gehe, halte er für unseriös.

Die SPD habe ja in der vergangenen Woche schon gefragt, ob es denn Kritik an der vergangenen Evaluation gegeben habe, an der Qualität oder an den Personen, die die Evaluation durchgeführt hätten. Er meine, man sollte unvoreingenommen an diese Evaluation gehen. Man suche ja auch aktuell die Gespräche mit den Promotoren. Es bestehe also durchaus die Gelegenheit, sich noch einmal intensiv mit den Programmen zu beschäftigen.

Der Haushalt im Bereich Europa und Internationales zeige Kontinuität und Stabilität. Die CDU werbe um Zustimmung zu diesem Haushalt.

Johannes Remmel (GRÜNE) stellt fest, die meisten Haushaltsansätze hätten sich nicht groß verändert. Insofern gebe es eine gewisse Kontinuität.

Die Abstimmung über den Haushalt sei aber auch eine Abstimmung über politische Schwerpunkte, und die derzeitige Situation Europas erfordere aus seiner Sicht zusätzliche Anstrengungen und Schwerpunktsetzungen der Landesregierung und des Ministerpräsidenten statt business as usual zu machen.

Gegebenenfalls werde seine Fraktion noch einen entsprechenden Änderungsantrag stellen.

Thema „Nachhaltige Entwicklung“: Nach den Beschlussfassungen zu den SDGs wären auch im Haushalt deutlichere Signale nötig.

Thema „Ruhrkonferenz“: Nach seiner Kenntnis sollte das Geld erst zur Verfügung gestellt werden, wenn auch ein Konzept vorliege. Hier werde das offensichtlich umgekehrt geplant. Vielleicht könne die Landesregierung da aber noch während der Haushaltsberatungen Abhilfe schaffen und rechtzeitig vor der zweiten Lesung oder der abschließenden dritten Lesung, wenn es nicht anders gehe, dieses Konzept zur Verfügung stellen.

Thomas Nüchel (FDP) erinnert sich an wortreiche Konzepte der alten Landesregierung, ohne dass das Geld dafür zur Verfügung gestanden habe. Das sei seines Erachtens kein entscheidendes Kriterium. Es sei ein Ziel gesetzt. Das werde natürlich mit Geld unterlegt.

Er sei der Meinung, die CD sei ausreichend, vor allen Dingen bei kleinen Etats. Dass man das im Verkehrsbereich vielleicht anders beurteile, könne er nachvollziehen. In den Bereichen Medien, Kultur und Europa finde er das aber unproblematisch. Es werde sicher nicht papierlos gehen, aber man sollte doch weitgehend auf Papier verzichten. Er fühle sich ausreichend informiert. Online ließen sich auf den Seiten der Ministerien ja auch noch Informationen finden.

Thema „Ruhrkonferenz“: Er komme aus dem Herzen des Ruhrgebiets und stelle fest, dass es viele Runden gebe – sogar Abgeordnetentreffen, die der RVR organisiere –, die keine brauchbaren Ergebnisse gebracht hätten. Deswegen sei er sehr dankbar, dass man jetzt unter dem Oberbegriff „Ruhrkonferenz“ ein Dachgerüst für eine Reihe von Gesprächen und Veranstaltungen anbieten wolle.

Der Minister habe ja auch darauf hingewiesen, dass es nicht eine riesige Veranstaltung geben werde, bei der es dann wahrscheinlich nur um Sehen und Gesehenwerden gehe, sondern dass es eine Reihe intensiver Veranstaltungen sein solle. Er finde, diese Eckpunkte stimmten zuversichtlich. Sieben Themenbereiche seien bereits genannt. Den Ansatz finde er gut.

Er finde es auch richtig, das mit einem geringen finanziellen Betrag zu untermalen. Denn Impulse für das Ruhrgebiet werde man weiterhin brauchen, denn die Zukunftsstrategie, um vielleicht abschließend die Probleme des Strukturwandels im Ruhrgebiet zu lösen, habe noch niemand gefunden. Insofern sei es wichtig, da weitere schöpferische Kräfte zu entfesseln und auch bundesseitige und vielleicht auch landesseitige Störfaktoren für das Ruhrgebiet abzubauen. Eine Konferenzreihe als laufenden Prozess halte er für genau richtig.

Thema „Eine Welt“: Er halte es schlichtweg für eine Unterstellung, bei einer Evaluation gleich davon auszugehen, dass Streichungen und Kürzungen geplant seien. Er halte es für wichtig, fortwährend zu fragen, ob sich Dinge bewährt hätten. Wenn Ergebnis der Evaluation sei, dass sich Dinge bewährt hätten, sei er der Letzte, der sich für Streichungen ausspreche. Dann sollte das vielleicht sogar ausgebaut werden. Aber diese Informationen wolle er gerne vorher haben. Daher sei es auch sinnvoll, zu evaluieren.

Die FDP-Fraktion sei – das sei wenig überraschend – mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf für den Bereich Europa und Internationales zufrieden. Er stehe auch im Einklang mit dem Koalitionsvertrag. Es gebe ja sogar ein leichtes Plus. Ein deutliches Plus gebe es beispielsweise beim deutsch-israelischen Jugendaustausch. Auch in anderen Bereichen würden vertrauensvolle Beziehungen unterhalten und weiter gefördert.

Er stimme dem Haushalt mit Freude zu.

Sven Werner Tritschler (AfD) schließt sich den Beschwerden an, dass die Beratungsunterlagen zu spät vorgelegt hätten.

Zu der Förderung für die sogenannte Europa-Union: Die Europa-Union mache Parteipolitik, und zwar in erster Linie gegen die AfD. Vor dem Hintergrund stelle sich die Frage, ob im Landeshaushalt eine versteckte Parteienfinanzierung stattfinde. Alleine das sei für seine Fraktion ein Grund, dem Haushalt nicht zuzustimmen.

Die Evaluation des Promotorenprogramms halte seine Fraktion für dringend geboten. Mit der Broschüre „FAIRHEIRATEN“ werde beispielsweise auf Steuerzahlerkosten Werbung für Hochzeiten gemacht. Das sei definitiv keine Landessache. Wenn es sich um eine Bundessache handelte, hätte er auch Zweifel daran, dass das der Steuerzahler bezahlen sollte.

Christina Kampmann (SPD) kritisiert, dass ihre Fraktion nicht darüber informiert worden sei, dass der Minister an dieser Sitzung nicht teilnehmen werde. Ihre Fraktion hätte es sehr begrüßt, wenn er zu der wichtigen Aussprache zum Haushalt hier gewesen wäre und dem Ausschuss an dieser Stelle eine gewisse Priorität eingeräumt hätte.

Rüdiger Weiß (SPD) greift den Begriff „Unterstellung“ auf und macht deutlich, er habe seine Ausführungen ja nicht aus dem hohlen Bauch heraus gemacht, sondern basierend auf dem Koalitionsvertrag, in dem Folgendes stehe:

„Wir werden deshalb die bestehenden Instrumente der nordrhein-westfälischen Entwicklungspolitik mit dem Ziel überprüfen, das Fördervolumen insbesondere dort zu reduzieren, wo der Nachweis eines konkreten Nutzens nicht durch unabhängige Evaluierung erbracht ist.“

Er interpretiere das als klaren Fingerzeig, wohin die Reise gehen solle. Möglicherweise habe sich das aber auch in ein paar Monaten alles in Wohlgefallen aufgelöst.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) ruft in Erinnerung, dass die Europa-Union schon ein paar Jahrzehnte bestehe, die AfD dagegen noch nicht. Die Europa-Union habe schon vor Jahrzehnten ganz wesentliche Aufgaben im bürgerschaftlichen Engagement übernommen. Sie habe sich das Grundbewusstsein, das Nordrhein-Westfalen ausmache, zu Eigen gemacht, aus der Überwindung von Krieg und Zerstörung das gemeinsame europäische Erbe auch in die Zukunft zu tragen, und zwar parteiübergreifend.

Jeder, der dieses gemeinsame Ziel verfolgen wolle, könne sich in diesem Verein engagieren. Deshalb sei es auch nicht überraschend, dass sich zum Beispiel ein früherer SPD-Minister dort engagiere, aber auch parteiübergreifend viele andere und auch ganz viele Parteilose.

Die Aussage im Koalitionsvertrag, dass man dieses gemeinsame europäische Haus als bewusstes Gegengewicht zu den Turbulenzen der Globalisierung verstehe und sich dazu bekenne, dass sich NRW in Benelux und Europa weiter einbringen wolle, lasse sich auch dadurch unterstreichen, dass man zivilgesellschaftliches Engagement stärke. Die Europa-Union sei da parteipolitisch völlig unverdächtig.

Er finde es gegenüber jedem Steuerzahler ausgesprochen geboten und notwendig, immer wieder den Nachweis zu führen, dass das Geld, das man ausbebe, richtig, sparsam und zielgerichtet ausgegeben werde. Deshalb finde er diesen Evaluierungsauftrag nicht schlimm.

Er erinnere an die in manchen Ministerien immer noch verbreitete Töpfchenwirtschaft, nämlich dass man dann erfolgreich gearbeitet habe, wenn man das Töpfchen am Ende des Jahres ausgeschöpft habe. In früheren Jahrzehnten – in den letzten Jahren natürlich schon nicht mehr – habe man ja eigentlich immer nur dann ein neues Töpfchen in gleicher Größe bekommen, wenn man nachgewiesen habe, dass man viel Geld ausgegeben habe, und nicht, dass man sparsam mit dem Geld anderer Leute umgegangen sei. Das solle ja gerade durch EPOS ab 2020 auch noch ein Stück weiter überwunden werden.

Insofern sei das ein schöner Vorgriff auf die anstehende produktorientierte Steuerung durch den Landtag. Wenn die Landesregierung an der Stelle mitmache, sei das sicherlich im Sinne jedes Steuerzahlers, denn jeder Steuereuro müsse ja erst einmal erwirtschaftet werden.

Oliver Krauß (CDU) weist den Vorwurf als unangemessen zurück, der Minister bringe dem Ausschuss nicht genug Wertschätzung entgegen. Trotz aller Bemühungen habe es sich nicht vermeiden lassen, dass der Minister heute nicht anwesend sei. Das sei auch vorab angekündigt worden, und der Minister habe sein Bedauern darüber auch schon zum Ausdruck gebracht.

Was die Europa-Union angehe, stimme er Herrn Dr. Optendrenk zu. Allerdings: Die Europa-Union sei zwar überparteilich, aber das bedeute nicht zwingend politische Neutralität. Das habe die Europa-Union auch in ihrer Satzung stehen – Zitat –: Das staatliche Neutralitätsgebot gebietet die Gleichbehandlung von politischen Parteien durch den Staat. – Für ihn sei das ein eindeutiges Bekenntnis.

Zu den Zielen der Evaluierung und dem Verweis auf den Koalitionsvertrag: Man habe drei Ziele, nämlich erstens die Arbeit zu verbessern und inhaltlich voranzubringen, zweitens zu identifizieren, ob es zu Doppelungen mit anderen Akteuren komme, und drittens zu klären, ob sich diese Doppelungen gegebenenfalls eliminieren ließen, also eine Optimierung. Er rate dazu, die Evaluation erst einmal abzuwarten.

Die Sorgen, die die Promotoren bereits jetzt äußerten ohne Kenntnis darüber, was komme, ließen ihn zwar hellhörig werden, aber man werde unvoreingenommen an die Sache herangehen.

Sven Werner Tritschler (AfD) zitiert aus einer Pressemitteilung des Präsidenten der Europa-Union vom Wahlabend: Die AfD

„ist die Antithese all dessen, wofür die Europa-Union Deutschland steht: Weltoffenheit, Toleranz, Gleichberechtigung in einem demokratischen, freiheitlichen und solidarischen Europa.“

Diese Aussage – auch wenn es natürlich jedem freistehe, diese Meinung zu haben – stelle die Gemeinnützigkeit infrage, und sie stelle definitiv infrage, so etwas noch staatlich zu fördern. Er meine, man könne den Wählern der AfD nicht zumuten, so etwas mit ihrem Steuergeld zu bezahlen. Jede Organisation könne gerne einzelne Punkte aus dem AfD-Programm kritisieren. Das sei völlig in Ordnung. Das machten die ja hoffentlich auch bei allen anderen Parteien. Aber eine Partei in Bausch und Bogen zu verdammern mit doch eher plakativen und oberflächlichen Ansätzen, das sei Parteipolitik. Das habe seines Erachtens dann im Landeshaushalt nichts verloren.

Jürgen Hein (StK, Abteilungsleiter) erläutert zum Thema „SDGs“, dass das nicht mit Haushaltsmitteln unterlegt sei, sage nichts aus über die Wichtigkeit, die die Landesregierung dem beimesse.

Vor der heutigen Sitzung des Kabinetts habe der Minister in Bonn an dem Symposium der Stiftung Entwicklung und Frieden teilgenommen, bei dem das Thema im Mittelpunkt gestanden habe.

Aus seiner Sicht sei aber noch viel wichtiger, dass dieses Thema gerade aus dem bürgerschaftlichen Engagement heraus in die Welt getragen werde und ins Bewusstsein gelange. Die Mittel für die Stiftung Umwelt und Entwicklung seien ja überrollt worden. Man sehe bei vielen Projektanträgen, dass die genau da eine große Rolle spielten.

Johannes Remmel (GRÜNE) schließt sich bezogen auf die Europa-Union den Ausführungen der Kollegen an. Es stehe ja jedem frei, Mitglied zu werden. Jedenfalls sei klar, dass die Europa-Union nicht national-völkisch ausgerichtet sei und damit wesentliche Aufträge des Grundgesetzes erfülle, die möglicherweise von der AfD negiert würden.

Er schlage vor, die Europa-Union in den Ausschuss einzuladen, damit sie ihre Arbeit vorstelle.

Der **Ausschuss** stimmt dem Einzelplan 02 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, Grünen und AfD zu.

